
Religion, mit der kein Staat zu machen ist

Eine Nachlese zu den Wahlen 2004 in den USA

Erich Geldbach

Jürgen Ebach zum 60. Geburtstag am 28. Februar 2005 zugeeignet

I.

Bei der Wahl 2000 lag George W. Bush etwa eine halbe Million Stimmen hinter dem damaligen Vizepräsidenten Al Gore und hätte bestimmt verloren, wenn nicht der als „Verbraucheranwalt“ bekannte und oft gefürchtete Ralph Nader kandidiert hätte, um, wie die meisten Beobachter es sahen, sein Ego zu befriedigen, dabei aber Gore Stimmen abnahm. Bush wurde seinerzeit nicht gewählt. Er kam durch eindeutige Wählermanipulation insbesondere unter der schwarzen Bevölkerung im Staate Florida, wo sein Bruder Jeb Bush als Gouverneur amtiert, und durch einen Beschluss der von Ronald Reagan und George Bush sen. ernannten, konservativen Mehrheit des Obersten Gerichtshofes ins Weiße Haus. Im Gegensatz zu dieser heftig umstrittenen Wahl erhielt Bush 2004 60,7 Millionen (= 51 %) Stimmen, während Senator John Kerry 57,4 Millionen (= 48 %) verbuchen konnte. Andere Kandidaten erhielten 1,1 Mill (= 1 %) Stimmen, fielen also diesmal nicht ins Gewicht. Damit war Bush zum ersten Mal durch eine Mehrheit der Wähler gewählt. Streng genommen darf man also von einer „Wiederwahl“ nicht sprechen.

Wie kam diese Mehrheit zustande? Die Tatsache, dass Bush im Jahre 2000 nicht die Mehrheit der Wählerstimmen erringen konnte und dennoch Präsident wurde, kann etwas von dem für deutsche Beobachter befremdenden Wahlsystem veranschaulichen helfen. Es entspricht der amerikanischen Tradition, dass der Präsident als Person vom Wähler und nicht von der Parlamentsmehrheit gewählt wird, dass er also auch nicht von einer Parlamentsmehrheit abhängig ist. Aber die Wählerschaft des Landes entscheidet nicht direkt über den Ausgang der Wahl. Denn die eigentliche Wahl des Präsidenten obliegt einem Gremium, das man *Electoral College* nennt. Der Wahlkampf geht daher in Wirklichkeit um die Mehrheit in diesem Gremium. Die Überlegungen der Wahlkampfstrategen konzentrieren sich auf einige „Schlüsselstaaten“, weil das *Electoral College* in seiner Zusammensetzung die Bevölkerungszahl der jeweiligen Staaten widerspiegelt. Mit anderen Worten: Je zahlreicher die Bevölkerung eines Staates ist, umso mehr Stimmen sind in dem *Electoral College* vertreten.

Als Besonderheit kommt hinzu, dass die angloamerikanische Tradition kein Verhältniswahlrecht, sondern nur das reine Mehrheitswahlrecht kennt. In den USA bilden nur zwei kleinere Staaten eine Ausnahme. Im Extremfall bedeutet dies, dass auch nur wenige Stimmen Mehrheit, ja eigentlich sogar nur eine Stimme Mehrheit, darüber entscheidet, wie die Vertreterinnen oder Vertreter eines Staates im *Electoral College* abstimmen *müssen*. Die Wahldelegation eines Staates setzt sich nur aus Mitgliedern der Partei zusammen, die die Mehrheit errungen hat. Alle anderen Stimmen – und seien sie noch so zahlreich und im Extremfall 49,9 % – fallen einfach unter den Tisch. Daher kann es durchaus vorkommen, wie im Jahre 2000, dass die Gesamtzahl der Wähler der USA einen anderen Kandidaten gewählt hat, als am Ende durch das *Electoral College* bestimmt wird. Für einen erfolgreichen Wahlkampf bedeutet dies, dass die Kandidaten in den bevölkerungsreichen Bundesstaaten häufig auftreten müssen, dass sie sich dabei auch von lokalen Gegebenheiten leiten lassen, d. h. dass sie von lokalen Parteigrößen vor ihren Auftritten über spezielle Probleme, regionale Besonderheiten, verdiente Personen etc. unterrichtet werden (*briefings*), um den richtigen „Ton“ bei den Ansprachen zu treffen, und dass sie andererseits auch die kleinen Staaten nicht ganz übersehen dürfen, weil ihnen sonst „Arroganz“ gegenüber dem Wähler vorgeworfen werden könnte. Der Wahlkampf ist daher ein gigantischer Medienrummel um eine vergleichsweise kleine Zahl der Staaten und eine vergleichsweise kleine Wählergruppe, die aber über die Zusammensetzung des *Electoral College* entscheidet.

Es dürfte auch einleuchtend sein, dass man bei dieser im Grunde demographischen Voraussetzung Ausschau halten muss nach einigermaßen geschlossenen Wählergruppen, die man gezielt ansprechen kann. Je zahlreicher eine Wählergruppe ist, die man ausfindig machen und denen man mit Wahlversprechen entgegenkommen kann, umso mehr steigen die Chancen, einen Staat für sich zu gewinnen. Bei vielen Staaten gibt es gewisse Grundtendenzen. Einige sind von vornherein festgelegt: Massachusetts z. B. galt in diesem Wahlkampf als für Bush uneinnehmbar. Hier ist die „liberale“ Elite des Landes aufgrund der vielen Universitäten in und um Boston angesiedelt, und es ist außerdem der Heimatstaat John Kerrys. Daher brauchten die Wahlkampfmanager Bushs hier nicht viel zu investieren. Bei anderen Staaten traf das Gleiche für Kerry zu. Heiß umkämpft aber sind die Staaten, bei denen ein hohes unentschiedenes Wählerpotential auszumachen ist und die sich auch in der Vergangenheit nicht eindeutig festgelegt hatten. Es sind dies die sog. „*swing states*“, die also in diese oder jene Richtung „pendeln“ können.

Nach Analysen vor und nach der Wahl im Jahre 2004 stellt ein bestimmtes Segment des religiösen Amerikas eine beachtlich eindeutige Wählergruppe dar. Europäische Beobachter sind es gewöhnt, der Religion keine große Bedeutung mehr beizumessen. Bewusst oder unbewusst gehen viele Beobachter und auch Religionssoziologen von der These aus, dass die Religion im Absterben begriffen ist. Die These lautet: Je aufgeklärter und urbanisierter eine Gesellschaft ist und je ausgeprägter sie sich als Wissens- und

Informationsgesellschaft darstellt, kurz: je „moderner“ sie sich zeigt, umso geringere Chancen hat die Religion. Religion, so wird häufig argumentiert, sei einer agrarischen Gesellschaft und einer vor-aufgeklärten Zeit verhaftet. Die Wahlen in den USA haben eine andere Denkweise gezeigt, und plötzlich haben auch in den deutschen Zeitungen und Magazinen religiöse Themen Konjunktur. Natürlich hat dazu auch die Debatte um den Terrorismus und die Verwicklungen des Islam insbesondere seit dem 11. September 2001 beigetragen, doch muss man davon ausgehen, dass die Religion auch vorher schon in den USA eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Dabei ist zunächst noch nicht ausgemacht, ob die öffentliche Aufmerksamkeit für religiöse Themen in den USA zum Positiven oder Negativen der Religion ausschlägt.

In Europa, so scheint es, ist es aber eine ausgemachte Sache: Mit der Wahl 2004 ist deutlich zu Tage getreten, dass die Religion eine zwiespältige Rolle spielt. Die Widersprüchlichkeit wird an der Person George W. Bushs festgemacht. Einerseits wird dem Präsidenten zugestanden, dass er „seine“ Religion hat, die er auch so ernst nimmt, dass sie ihn von der Flasche weggebracht und damit seine Ehe gerettet hat. Einige Kommentatoren weisen noch darauf hin, dass es wieder einmal die religiöse Gestalt mit dem leichtesten Zugang zum Weißen Haus, Billy Graham, war, der auf Betreiben und Einladung von Bush Vater den Sohn „ins Gebet nahm“, um dessen Leben eine andere Wende zu geben. Andererseits misst man den religiösen Präsidenten an seinen Taten, und dann heißt es unisono „gewogen und zu leicht befunden“. Wenn Religion derartig folgenlos bleibt wie bei Bush oder derartige Folgen zeigt wie den Krieg im Irak und andere politische Taten, dann kann etwas mit seiner Religion nicht stimmen. Lässt man das Werturteil zunächst außen vor, dann kann man sich unbefangener dem nähern, was die Wahl 2004 unter religiöser Perspektive gebracht hat.

II.

Der große Taktiker des Weißen Hauses und „Texaner des Jahres 2004“, Karl Rove, hatte bereits im Dezember 2001 in einer Rede vor dem in der Hauptstadt Washington ansässigen konservativen „*think tank*“ *American Enterprise Institute* gesagt, dass 15 Millionen „sich selbst so definierende weiße evangelikale Protestanten, Pfingstler und Fundamentalisten“ im Jahre 2000 zur Wahlurne gegangen, während 4 Millionen von ihnen zu Hause geblieben seien. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass es darauf ankäme, diese 4 Millionen religiös-eingestellten potentiellen Wähler zu mobilisieren, um die Wahl 2004 sicher zu gewinnen. Man erkennt daran, dass Rove längerfristig plante und die „Evangelikalen, Pfingstler und Fundamentalisten“ fest in seine Planung einbezog. Es ist auch nicht von ungefähr, dass er dieses Institut für seine Überlegungen nutzte. Bush hatte nach der Wahl im Jahre 2000 mehr als ein Dutzend ehemaliger Referenten dieses Instituts als hohe Berater in seine Regierung geholt.

Rove hatte in den Jahren zuvor bereits die Republikanische Partei zu einer streng konservativen, sich an den so genannten „traditionellen Werten“ (*traditional values*) orientierenden Gruppierung umfunktioniert und dann auch George Bush zur Kandidatur überredet. Als Vorbild für seine Aktivitäten in der Partei stand ihm die Art vor Augen, wie die zunächst kleine, aber schlagkräftige fundamentalistische Fraktion der *Southern Baptist Convention* diese zu einer linientreuen, keine Opposition tolerierenden Vereinigung umgestaltet hatte. Ironischerweise dienten also der größte Baptistenbund der Welt und sein innerer Kampf um absolute Linientreue als Muster für die politische Partei der Republikaner. Rove wusste daher genau, auf was er bei den „Evangelikalen“ zu achten hatte. Die Reizworte waren Homo-Ehe, in den USA „*same-sex marriage*“ genannt, Abtreibung, das Schulgebet, Pornographie und die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes. Dabei kommt es naturgemäß nicht auf eine innere theologische Differenzierung an: dass nicht alle Evangelikale auch Fundamentalisten und schon gar keine Pfingstler sind, spielte für die parteipolitische Instrumentalisierung der konservativen Christen unter Einschluss der Pfingstler keine Rolle. Von wenigen Ausnahmen abgesehen hielten sich auch die Führungspersonen der „Konservativen“ mit einer inneren Differenzierung zurück, weil man kein Risiko eingehen wollte. Daher wird in den Medien pauschal davon gesprochen, dass der „evangelikale“ Wählerblock für Bush gestimmt habe. Das traf weitgehend zu, auch wenn, wie gesagt, einzelne Stimmen davon abwichen. So etwa hatten Jim Wallis und seine *Sojourner Community* in Washington, D. C. zusammen mit Glen Stassen vom *Fuller Theological Seminary*, Richard Pierard vom *Gordon Conwell Seminary* und anderen wenige Tage vor der Wahl eine Anzeige in der *New York Times* geschaltet und darin der „religiösen Rechten“ das Recht abgesprochen, für alle „evangelikalen“ Christen sprechen zu können. Aber aufs Ganze gesehen, sind diese Stimmen wohl nur Rufer in der Wüste gewesen. Zu erdrückend ist die Zahl der bekannten religiösen „Führer“, die sich für Bush eingesetzt haben.

III.

Welche bekannten „evangelikalen“ Führungskräfte unterstützten die Wahl von George Bush? Die Reihenfolge der folgenden Namensliste ist zufällig und bedeutet keine Wertung. Sie erhebt auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bis auf eine Ausnahme ist allen Personen gemein, dass sie sich ihre eigenen Organisationen aufgebaut haben und daher von keiner Kirche abhängig sind und von keiner Kirche kontrolliert werden können. Aufgrund ihrer Erfolge betrachten sie sich als „Sprecher“ oder „Führungskräfte“ der evangelikalen Bewegung, obgleich sie von keinem Gremium außerhalb ihrer eigenen Gruppierung gewählt worden sind. Die gewählten Vertreter der *National Association of Evangelicals* sind mit ihren Äußerungen zu der Wahl auffallend vorsichtig. Die einzige Ausnahme in der Liste ist Richard Land. Er ist offizieller Vertreter der *Southern Baptist Convention*. Dieser Gemein-

debund ist daher auch die einzige Kirche, die sich in einer bestimmten politischen Richtung festgelegt hat und dies sogar im Internet kundtat.

Da ist zunächst hinzuweisen auf Rev. Rick Warren. Er gründete mit seiner Frau in ihrem Wohnzimmer eine Gemeinde, die inzwischen als *Saddleback Community Church* firmiert und zur zweitgrößten „Megakirche“ der USA im kalifornischen Lake Forest mit einer geschätzten Mitgliederzahl von 16000 herangewachsen ist. Auch wenn es nicht an theologischen Fragen zu den von Warren vertretenen Inhalten und Methoden fehlt, so erscheinen diese angesichts der Kraft des faktischen Erfolgs wie unsachgemäße Nörgeleien. Der zahlenmäßige Erfolg schlägt sich auch bei seinen Büchern nieder. Das erfolgreichste ist ein Buch mit dem Titel „The Purpose Driven Life“, das inzwischen eine Auflage von 20 Millionen erreicht hat und in deutscher Ausgabe bei dem Verlag Gerth Medien in Wetzlar unter dem Titel „Leben mit Vision“ erschienen ist. Dieser Gemeindegründer und Autor, der, wie bei erfolgreichen Menschen in allen Sparten üblich, in den USA von Konferenz zu Konferenz und von Seminar zu Seminar reist, um, ähnlich wie man es von Bill Hybels von der *Willow Creek Community Church* kennt, seine Erfolgsrezepte anzupreisen, versandte vor der Wahl 136000 Briefe an Pastoren und legte ihnen nahe, die Positionen der beiden Kandidaten bei fünf so genannten „nicht-verhandelbaren Punkten“ zu vergleichen. Dazu zählte der Reverend: Abtreibung, Stammzellenforschung, *same-sex marriage*, das Klonen von Menschen und Euthanasie. Da Kerry auf diesen Feldern differenziert argumentiert, war eindeutig, welche Präferenz sich bei diesen „nicht-verhandelbaren“ Problemen aufdrängen musste.

Dann ist auf der Liste der langjährige Aktivist zur „Rettung“ der traditionellen Familie, James C. Dobson, dessen Organisation *Focus on the Family* über ein jährliches Budget von mehr als \$ 135 Millionen verfügt. Sie ist die größte, international-operierende, rechtsreligiöse Gesellschaft, die einen Multimediaverbund aufgebaut hat. Dobson, dessen Radioprogramme über mehr als 7000 Stationen ausgestrahlt werden, hatte vor der Wahl mehrere große Veranstaltungen mit Tausenden Teilnehmern organisiert, u. a. auch in dem Schlüsselstaat Ohio, und seinen Zuhörern immer wieder eingehämmert: „Vote your values“. Ein „Wertewähler“ ist seiner Meinung nach eine Person mit einem „christlichen Weltbild“, das davon ausgeht, dass „Gott nicht nur existiert, sondern dass er auch definiert, was richtig und falsch, moralisch und unmoralisch, gut und böse ist“. Für Dobson ist Bush ein Mann, der einem Glaubenssystem (*system of beliefs*) verpflichtet ist. Wieso er dies bei dem Gegenkandidaten nicht feststellen konnte, bleibt unklar, weil ja auch Kerry als Katholik ein Glaubenssystem besitzt, was sogar noch ausgeprägter ist als das eines Methodisten. Nach der Wahl ließ er in einer Presseerklärung verlauten, die Wahl habe gezeigt, dass die „amerikanischen Wähler“ an der traditionellen Familie festhalten wollen. Das ist eine erstaunliche Aussage, wenn man bedenkt, dass weit mehr als die Hälfte aller Ehen in den USA geschieden werden und man bei diesen Zahlen davon ausgehen muss, dass auch unter den „evangelikalen“ Christen eine erhebliche Scheidungsrate vorliegt.

Eine von Dobson 1981 gegründete Organisation heißt *Family Research Council*. Sie gehört inzwischen nicht mehr zu Dobsons Imperium. Seit 1988 wurde diese Lobbyorganisation von Gary Bauer angeführt, der unter Präsident Reagan Hauptberater für die Innenpolitik war und Direktor des entsprechenden Grundsatzreferats in der Regierung. Er verließ das *Family Research Council* 1999, um sich als Präsidentschaftskandidat zu präsentieren. Als dies für die Wahl 2000 gegen Bush nicht gelang, zog sich Bauer aus der aktiven Politik zurück, um sich auf seine einst von ihm gegründete Organisation mit dem Namen *American Values* zu konzentrieren. Der Name ist eigentlich schon Programm. Das *Council* berief einen früheren Politiker, den Abgeordneten Tony Perkins, und trat im Wahlkampf unter dessen Leitung für die traditionellen Familienwerte ein, für das Gebet in öffentlichen Schulen, gegen Sexualerziehung und vor allem für das Recht, Homosexuelle diskriminieren zu dürfen.

Eine andere einflussreiche Person ist Jay Sekulow. Er gilt als das Hirn des *American Center for Law and Justice*, einer Einrichtung, die an der Regent University angebunden ist und im Jahre 2003 über einen Haushalt von \$ 15,9 Millionen verfügte. Bei der Universität handelt es sich um eine Gründung des charismatischen TV-Predigers Pat Robertson, der zweimal erfolglos versucht hatte, Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei zu werden. Sekulow schrieb vor der Wahl an etwa 45 000 Gemeinden, um sie zu beraten, wie sich die Pastoren und Gemeinden eindeutig für einen Kandidaten aussprechen können, ohne den Status der Steuerfreiheit zu gefährden. Kirchen genießen in den USA den Status einer „steuerfreien (*tax-exempt*) Organisation“, den man aufs Spiel setzen würde, wenn von der Kanzel im Sinne der Parteipolitik gepredigt werden würde. Daher mussten die Pastoren mit vorsichtigen, aber eindeutigen und rechtlich nicht angreifbaren Lösungen instruiert werden. Bei Sekulow kann ebenso wenig ein Zweifel aufkommen, wen er favorisierte, wie bei seinem Ziehvater Pat Robertson, der in seinen TV-Sendungen immer wieder auf die „traditionellen Werte“ hinwies. In seiner Universität sticht die Juristische Fakultät hervor, die Jahr für Jahr Absolventen entlässt, für die in den Büros der konservativen Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses die Türen offen stehen. Sie sind willige Mitarbeiter mit einem hohen Sendungsbewusstsein und großer Einsatzfreude. Die von Robertson ins Leben gerufene *Christian Coalition of America* ist bei Wahlen stets mit so genannten „*voter guides*“, also etwa Leitfäden für Wähler, zur Stelle. Diese sind angeblich nicht parteipolitisch gebunden, doch sind die Anleitungen, die Wähler beim Lesen der Broschüren erhalten, eindeutig auf eine Partei bzw. eine Person abgestimmt.

Zu den uneingeschränkten Befürwortern der Politik der Bush Administration gehört auch der TV-Prediger und baptistische Fundamentalist Jerry Falwell. Dieses alte rechtsreligiöse „Schlachtröss“ besitzt einen reichen Schatz an polit-religiösen Erfahrungen. Falwell hatte 1979 die inzwischen aufgelöste *Moral Majority* gegründet und mit ihrer Hilfe Ronald Reagan glühend unterstützt. Er zog sich dann aus der Politik zurück, um sich auf seine anderen

Gründungen, z. B. die *Liberty University* in Lynchburg, Virginia, und auf seine TV-Sendungen „The Old-Time Gospel Hour“ zu konzentrieren. Jetzt aber wachte in ihm der alte Kampfgeist wieder auf, und er warb allen Gesetzen zum Trotz auch von der Kanzel für George W. Bush. Nach der Wahl gab Falwell bekannt, dass man die Gunst der Stunde nutzen müsse, um die konservative Schwungkraft, die sich bei den Wahlen gezeigt habe, voll auszunutzen. Er wolle daher nach dem Modell der *Moral Majority* eine neue Lobbyorganisation ins Leben rufen: *The Faith and Value Coalition*. Wahrscheinlich waren für ihn die Erfahrungen aus der Reagan Ära leitend; denn Reagan hatte trotz einer gelegentlich nebulös-religiösen Sprache, die die religiöse Rechte in ihrem Sinn zu interpretieren geneigt war, keine entscheidenden Forderungen Falwells umgesetzt. Die neue Organisation soll darüber wachen, dass die zukünftige Bush-Regierung gegen Abtreibung, Pornographie und *same-sex marriage* vorgeht sowie das Schulgebet wieder einführt, was man allerdings nicht Lehrkräften islamischen Glaubens anvertrauen dürfe. Im Zusammenhang mit der Abtreibung käme es darauf an, dass der Beschluss des Obersten Gerichtshofes von 1973 im Prozess *Roe vs. Wade*, der eine Abtreibung in den ersten Schwangerschaftswochen legalisierte – was Falwell seinerzeit als biologischen Holocaust bezeichnete –, rückgängig gemacht wird. Es liege an Bush, die durch Pensionierung oder Tod frei werdenden Richterposten am Obersten Gerichtshof mit eindeutigen Kandidaten zu besetzen. Hier sei angemerkt, dass der Präsident die Befugnisse hat, Kandidaten zu nominieren, die aber vom Senat bestätigt werden müssen.

Ein anderer TV-Prediger-Kollege von Falwell, James Kennedy mit seiner Organisation *Coral Ridge Ministry* in Fort Lauderdale, Florida, dessen Zuschauergemeinde wie die von Falwell in die Millionen geht, gehört ebenso in den Kreis der Bush-Befürworter. Er interpretierte den Ausgang der Wahl knapp und bündig so, dass die „Wertewähler“ für Bush gestimmt und ihm den Verbleib im Weißen Haus möglich gemacht hätten. Jetzt müsse Bush die Werte dieser Wähler durch sein politisches Handeln bestätigen. Das bedeutet für Kennedy: die Verteidigung des ungeborenen Lebens, den Schutz von Ehe und Familie und die Ernennung von Bundesrichtern, die die Verfassung „interpretieren“ und keine „aktivistische“ Politik von der Richterbank betreiben.

Weitere Befürworter Bushs sind das Ehepaar Tim und Beverly LaHaye. Beide haben eigene Organisationen aufgebaut und sind als Autoren hervorgetreten. Zusammen mit dem Journalisten Jerry B. Jenkins hat Tim LaHaye eine Serie von zwölf Büchern („Left Behind“) veröffentlicht, die in Form von Unterhaltungsromanen ein Endzeitszenario entwickeln, das mit der „Entrückung“ beginnt und romanhaft darstellt, wie es Menschen ergeht, die den Zeitpunkt der „Entrückung“ verpasst haben und die Bedrängnisse der Endzeit durchleben müssen. Die Bücher sind ein Verkaufsschlager und im Süden der USA in jedem Supermarkt erhältlich. Sie sind in einem Verlag erschienen, der zur Bertelsmann-Gruppe gehört. Das Ehepaar wurde durch seine Aktivitäten, nicht zuletzt durch die von Bertelsmann gezahlten Honorare für die Bücher, so reich, dass es im Sommer 2001 der von Jerry Falwell

gegründeten *Liberty University* \$ 4,5 Millionen für ein Studentenzentrum spendete. Dafür richtete die Universität im Januar 2002 eine *School of Prophecy* zum Studium der Endzeit ein, und Beverly LaHaye wurde in den Aufsichtsrat der Universität geholt. Sie trat ebenso wie ihr Mann als Autorin an die Öffentlichkeit und wurde vor allem durch die von ihr gegründete Organisation *Concerned Women for America* bekannt. Sie ist eine ausgesprochene „Anti-Feministin“, setzt sich vehement gegen Abtreibung und gegen sexuelle Erziehung ein und läuft Sturm gegen die Harry-Potter-Bücher.

Eine weitere einflussreiche Person ist Charles (Chuck) Colson. Er war von 1969 bis 1973 Sonderberater Präsident Nixons. Sein Name wurde auch international im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre bekannt, weil er der Erste war, der im Zusammenhang mit diesem Skandal verurteilt wurde und 1974 eine siebenmonatige Strafe abbüßte. Im Gefängnis soll er eine Bekehrung erlebt haben, die ihn dazu brachte, 1976 eine Gefangenen-Hilfsorganisation – *Prison Fellowship Ministry* – ins Leben zu rufen, die inzwischen in fast allen Gefängnissen der USA arbeitet. Seit 1991 betreibt er ein Radioprogramm, *BreakPoint* genannt, das täglich von etwa 1000 Sendern ausgestrahlt und nach eigenen Angaben von 1 Million Hörern verfolgt wird und das eine „christliche Perspektive“ vermitteln will. Dem dient auch ein Fernkurs, *Christian Worldview Studies*. Zwei Tage nach der Wahl schrieb er als Vorsitzender und Mark L. Earley als Präsident von *Prison Fellowship Ministry* einen „offenen Brief an die christliche Kirche“, in dem sie die Frage, was die Evangelikalen von Bush in den nächsten vier Jahren erwarteten, als falsch zurückwiesen, weil die evangelikale Bewegung keine *special interest group* sei, sondern das Gemeinwohl im Auge habe. Die Evangelikalen und die konservativen Katholiken hätten in großer Zahl für Bush gestimmt, weil sie gewusst hätten, was sie an ihm haben. Die beiden führen aus, dass sie Bush bereits kannten, als dieser noch Gouverneur in Texas war. Bush habe sie ermuntert, ein neues Gefängnis als erstes „*faith-based prison in America*“ ins Leben zu rufen. Der damalige Gouverneur Bush habe selbst die Einweihung vorgenommen und mit den Gefangenen das Lied „*Amazing Grace*“ gesungen. Dann folgt die bekannte Liste der „moralischen Werte“, für die Bush angeblich einsteht: für Menschenrechte im Sudan und für verfolgte Christen in Nordkorea, für AIDS-Bekämpfung in Afrika, gegen Abtreibung, für einen Verfassungszusatz, der die Ehe definiert als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau, für Wiederherstellung der moralischen Ordnung in Amerika. Der Brief gipfelt in dem Einzeiler: „*Mr President, give us more of the same.*“

Es gibt noch eine Reihe weiterer Personen und Organisationen, die sich mehr oder weniger deutlich auf „evangelikale“ Positionen berufen, um ihre Interessen kundzutun. Dazu zählen etwa die Anti-Feministin Phyllis Schlafly mit ihrer Organisation *Eagle Forum*. Der Name kommt daher, dass der Adler das amerikanische Wappentier ist, so dass der patriotische Standort verdeutlicht werden soll. Auch Schlafly vertritt die bisher angeführten Positionen, geht aber noch weit darüber hinaus, indem sie sich gegen Umweltmaßnahmen, gegen eine zweisprachige Erziehung, gegen Evolution im

Biologieunterricht und gegen internationale Abrüstungsverträge ausspricht. Eng mit ihr und Falwell verbunden ist Paul Weyrich, der einer Stiftung namens *Free Congress Research and Education Foundation* vorsteht. Er betreibt eine Radio- und Fernsehschau und spricht schon seit langem von einem „Kulturkampf“ (*cultural war*), in dem sich Amerika befinde. Es sei jetzt an der Zeit, dass Amerika zu den traditionellen judeo-christlichen Werten zurückkehre, auf das es einst gegründet worden sei. Er veranstaltet einmal wöchentlich in Washington das „*Weyrich Strategy Lunch*“, zu dem sich konservative Politiker und Lobbyisten einfinden.

IV.

Im Wahlkampf lassen sich einige Beobachtungen machen, die für die religiöse Perspektive wichtig sind. Bereits im Juni 2004 waren Dokumente aufgetaucht, die den Nachweis lieferten, dass Bushs Wahlkampfmanager christliche Führungskräfte aufforderten, die Gemeinderegister von „freundlichen Gemeinden“ zur Verfügung zu stellen, damit man die Datenbanken mit zusätzlichen Adressen potentieller Wähler füttern könne. Das brachte sogar die dem Weißen Haus nahe stehenden rechtsreligiösen Führungspersönlichkeiten in Bedrängnis. In Bedrängnis geriet aber auch das Weiße Haus, weil während des Wahlkampfes die Gruppen der „christlichen Rechten“ den Wahlkampfmanagern oft genug vorausgeeilt waren. So z. B. zögerte Bush längere Zeit, ob er einen Zusatz zur Verfassung befürworten solle, der die Ehe definiert. Er wurde von der Kampagne der religiösen Rechten und von katholischen Bischöfen rechts überholt, die sich vehement für einen solchen Verfassungszusatz aussprachen. Dies ist deshalb ein bemerkenswerter Vorgang, weil er einmal den Grad der Politisierung der religiösen Rechten zeigt, weil er zum anderen deren enge Fokussierung auf ganz bestimmte Themen unter bewusster Ausblendung anderer unterstreicht und weil er drittens die Wahlkampfmanager des Weißen Hauses dazu zwang, regelmäßige Absprachen mit den religiösen Rechten durchzuführen.

Das Letztere geschah so, dass es wöchentliche Treffen oder zumindest Telefonkonferenzen gab, so dass sich bei den Führungskräften der religiösen Rechten nicht nur der Eindruck verfestigen musste, sie wären mitten im Geschehen und daran beteiligt, sondern sie hätten sogar eine Schlüsselfunktion. Dieser Eindruck beruhte auf der Tatsache, dass unter den Konferenzteilnehmern auch Ralph Reed war. Reed hatte vormals die von dem TV-Prediger Pat Robertson ins Leben gerufene *Christian Coalition* (s. o.) von 1988 bis 1997 sehr erfolgreich geleitet. Die Koalition wuchs von 2000 Mitglieder auf über 2 Millionen; der jährliche Haushalt stieg von \$ 200000 auf über 27 Millionen an. Das Hauptaugenmerk war auf den Versuch gerichtet, Gruppen vor Ort zu organisieren, die dann den in vielen Fällen gelungenen Versuch machten, die Parteibasis der Republikaner zu übernehmen, um entsprechende Delegierte zu den Parteitag zu entsenden. Pat Robertson wusste als Sohn eines

Senators und gescheiterter Präsidentschaftskandidat im Jahre 1988, dass man solche verlässlichen Parteizellen braucht, um die politische Tagesordnung zu bestimmen und seine Vorstellungen durchzusetzen, und er hatte sich mit Reed einen großartigen Organisator ins Boot geholt.

Reed war 1997 aus der *Christian Coalition* ausgestiegen, die danach an Bedeutung verlor, und hatte in Atlanta eine Firma, *Century Strategies*, gegründet, die später in Washington eine Zweigstelle eröffnete, und betätigt sich seither als Lobbyist für die Großindustrie und Berater für Politiker. Seine persönlich engen Beziehungen zu Karl Rove waren offenbar der Grund, weshalb sein erster Kontrakt mit dem Energieriesen Enron zustande kam. Er erhielt von der Gesellschaft \$ 300 000, weil er sich für die Deregulierung des Energiemarktes eingesetzt hatte. Der Firmenchef von Enron hatte im Wahlkampf 2000 sein Privatflugzeug und den Jet der Gesellschaft für Bush zur Verfügung gestellt. Das konnte jedoch den Absturz der Firma nicht aufhalten: Ihr Zusammenbruch im Jahre 2001 war einer der größten kriminellen Firmenkonkurse in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte. Dennoch arbeiteten die Verfolgungsbehörden extrem langsam. Der Firmenchef Kenneth Lay wurde erst 2004 verhaftet; sein Prozess steht immer noch aus. Offenbar hielt der rechtsextreme Justizminister John Ashcroft seine schützende Hand über ihn und die anderen Schuldigen bei Enron.

Reed jedenfalls managte die Wahl 2000 und 2004 in der gesamten Süd-Ost-Region der USA. Seine Firma erhielt für die erfolgreichen Wahlen des Jahres 2000 \$ 4,3 Millionen – die Republikaner hatten alle Staaten im Süden gewinnen können. Die Einkünfte der Firma für 2004 sind noch unbekannt, weil die Zahlen noch nicht vorliegen. Reed erwies sich für die Wahlkämpfe als Glücksfall für die Republikaner; denn er versteht und spricht die Sprache der religiösen Rechten, so dass sich unter den wöchentlichen Konferenzteilnehmern eine enge Beziehung entwickelte. Es nimmt nicht wunder, dass der Vertreter der *Southern Baptist Convention*, der Vorsitzende der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit, Richard Land, davon sprach, dass man noch mit keiner Administration vorher eine so feste Bindung habe eingehen können und dass man das Gefühl habe, mit seinen Anliegen Gehör zu finden. Land war im übrigen persönlich von Präsident Bush in eine Kommission berufen worden, die dem Außenministerium beratend bei Fragen der Verstöße gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und der möglichen Sanktionen durch die USA zur Seite steht. Er stand daher mit verschiedenen Dienststellen der Regierung in ständigem Kontakt.

V.

Bei Meinungsforschern sind Fragen an Personen beliebt, die gerade das Wahllokal verlassen haben (*exit polls*). Sie werden dann nicht nur nach ihrem Wahlverhalten befragt, also etwa ganz direkt, welchen Kandidaten oder welche Partei sie gewählt haben, sondern auch nach ihrer religiösen Überzeu-

gung. Allerdings lassen die Daten von der Wahl 2000 und der von 2004 keinen unmittelbaren Vergleich zu, weil die Ausgangsfrage zur Ermittlung einer religiösen Bindung einer Person geändert wurde. Im Jahre 2000 lautete die Frage: „Würden Sie sich als Teil der konservativen, christlichen politischen Bewegung betrachten, die auch als religiöse Rechte bekannt ist?“ Nach Angaben der *National Association of Evangelicals* zögern aber viele Evangelikale, sich mit der „religiösen Rechten“ zu identifizieren, was darauf hinauslaufen würde, dass die Zahl der „evangelikalen“ Wähler, die man mit dieser Frage zu ermitteln versuchte, wohl höher einzustufen ist. Dagegen fragte man im Jahre 2004: „Würden Sie sich als wiedergeborener oder evangelikaler Christ beschreiben?“ 14 % antworteten im Jahre 2000 mit „ja“, während es vier Jahre später 23 % waren. Es ist deutlich, dass die Fragestellung 2004 die befragten Personen eher geneigt sein lässt, eine positive Antwort zu geben.

Wichtig ist nun, dass der Prozentsatz der Wähler, die angaben, an Veranstaltungen ihrer Kirchengemeinden an zwei Tagen pro Woche teilzunehmen, von 14 % im Jahre 2000 auf 16 % im Jahre 2004 anstieg. Das bedeutet, dass es bei den Wahlen 2004 gelungen war, ein beträchtlich größeres Wählerpotential engagierter Gemeindeglieder zu mobilisieren. Das kam Bush zugute; denn von diesen Wählern stimmten 64 % für Bush und 35 % für Kerry. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man einen anderen Maßstab, nämlich die heiß umkämpfte Abtreibungsfrage, zugrunde legt. Die Gesamtzahl der Wähler, die eine Abtreibung „unter allen Umständen als illegal“ einstufen, stieg von 13 % im Jahre 2000 auf 16 % im Jahre 2004. Von diesen Wählern unterstützten 77 % Bush und 22 % Kerry. Hier haben nicht nur die Evangelikalen beigesteuert, sondern auch die Katholiken, weil eine ganze Reihe der von Papst Johannes Paul II. ernannten konservativen Bischöfe dem Katholiken John Kerry die kalte Schulter zeigte, ja einige dieser Bischöfe sogar offen dafür eintraten, ihm die Eucharistie zu verweigern, weil er für „pro choice“ eintrat, also für das Recht der Frau, in der Abtreibungsfrage selbst zu bestimmen.

Was nun die „Wertewähler“ anbelangt, so sind manche Analysten der Meinung, dass deren Rolle sowohl von den Medien als auch von den selbst ernannten evangelikalen Führungskräften übertrieben werde. Man verweist auf die Wahl im Jahre 2000, als die Tageszeitung *Los Angeles Times* bei Meinungsumfragen der Wähler nach Verlassen der Wahllokale festgestellt hatte, dass 35 % der Befragten „ethische/moralische Werte“ für ihr Wahlverhalten angaben. Bei genauerem Hinsehen ergab sich aber, dass auch ein Drittel der Wähler Ralph Naders und über die Hälfte der Wähler George Bushs diese Angaben gemacht hatten, was nichts anderes bedeutet, als dass die Kategorie „moralische Werte“ ganz unterschiedlich besetzt sein kann.

Es führt jedoch kein Weg daran vorbei, dass es George W. Bush und seinem Wahlkampfteam insgesamt gelungen ist, 79 % der auf 27 Millionen geschätzten „evangelikalen“ Wähler und 52 % der 31 Millionen römisch-katholischen Wähler auf sich zu vereinigen. Diese politische Koalition zwischen Evangelikalen und römischen Katholiken ist kein zufälliges Zweckbündnis, sondern hat auch theologische Wurzeln, weil zwischen bei-

den Lagern schon seit längerem ein Gespräch im Gange ist – *Evangelicals and Catholics Together* –, das von römisch-katholischer Seite besonders durch den 1990 vom Luthertum konvertierten Priester Richard John Neuhaus favorisiert wird. Neuhaus gründete das *Institute on Religion and Public Life*, das auch eine Zeitschrift, „First Things“, herausgibt.

VI.

Ist mit diesem religiösen Zweckbündnis Staat zu machen? Die römisch-katholische Seite braucht hier nicht zu interessieren. Sie wurde nur kurz angeführt, um zu zeigen, dass nicht nur ein Segment der Protestanten in den USA eine konservative Linie vertritt. Konzentriert man sich auf die „Evangelikalen“, so sei noch einmal betont, dass unter diesem Begriff für die Wahl 2004 ganz unterschiedliche Strömungen subsumiert werden, die sogar einen Teil der Schwarzen einschließt. Schwarze haben als durchgehend diskriminierte Gruppe in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg keine Neigung zur Republikanischen Partei gehabt, wenngleich es die Partei Abraham Lincolns ist, der die Sklaverei abschaffte. Aber sogar schwarze religiöse Wähler fielen auf die Propaganda herein, die da lautete, dass die Homosexuellen eine Kulturrevolution verursachen und die Gesellschaft von Gott wegbewegen würde. In Ohio, so lässt sich zeigen, haben in einigen Wahllokalen Schwarze bis zu 20 % Bush gewählt.

Was aber spricht für die „moralischen“ Werte und die Wertewähler? Man kann angesichts der immer gleichen Problemfelder, die von den rechtsreligiösen Organisationen und Einzelpersonen propagiert wurden, nur zu der einfachen Feststellung kommen, dass dies eine völlig einseitige und eingeschränkte Sicht von „Werten“ darstellt. Die Auswahl der Werte, die als Maßstab diente, ist geboren aus einem geradezu erschreckenden Provinzialismus und von Angst gespeist. Die Befürworter eines Kulturkrieges haben Teile der christlichen Öffentlichkeit empfänglich für ihre Botschaft gemacht, dass sich die amerikanische Nation auf einer steilen Abfahrt nach unten befindet und dass nur eine Politik, die auf judeo-christlichen Werten beruht, diesen Trend zum Guten umkehren kann. Das Reizwort „Kulturkrieg“ trifft auf eine Nation, die durch die Ereignisse des 11. September 2001 in ihren Grundfesten erschüttert erschien und die sich unter der Führung von George Bush aufmachte, einen „Krieg“ gegen den internationalen Terrorismus zu führen. Der „Krieg“ nach außen zieht die patriotische Pflicht zur Geschlossenheit nach innen nach sich.

Sieht man sich die einzelnen „Werte“ genauer an, dann fällt sofort auf, dass sich der Kampf des evangelikal/römisch-katholischen Zweckbündnisses gegen die gleichgeschlechtliche Ehe als besonders folgenreich und als taktische Meisterleistung erwies. Es gelang nämlich den Aktivisten, durch Unterschriftensammlungen in mehreren Staaten, darunter auch dem Schlüsselstaat Ohio, die Frage, ob die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert werden solle, auf den Wahlzettel zu platzieren. In unterschiedlichen Staaten der USA

ist es möglich und üblich, besonders heiß umkämpfte Themen per Referendum vom Wähler entscheiden zu lassen, wenn eine bestimmte Anzahl von Wählern dies per Unterschrift verlangt. In Massachusetts hatte der dortige Gerichtshof die „Homo-Ehe“ zeitweise gestattet. Dies geschah ausgerechnet im Wahljahr selbst, so dass die Frage in aller Munde war. Die Retter der traditionellen Familie hatten leichtes Spiel, diese Liberalisierung als kulturellen Abfall der gesamten Nation zu verurteilen.

Man schürte dabei Ängste, die sich richteten

- gegen die Homosexuellen selbst, so dass einige sogar so weit gingen, die Diskriminierung Homosexueller legalisieren zu wollen;
- gegen „liberale“ Richter, die in dieser Frage angeblich Unrecht sprechen und so das gesamte Rechtssystem aushöhlen;
- gegen Politiker, die eine offene Haltung gegenüber Homosexuellen vertreten und so die Nation in den Abgrund treiben.

Dieses Angstsyndrom bewirkte zweierlei: 1. In allen Staaten, in denen ein Referendum durchgeführt wurde, kam es zu einer eindeutigen Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe. 2. Präsident Bush erwies sich vor diesem dunklen Hintergrund als das strahlende Gegenbild gegen die Verwüstung durch „liberale“ Richter und Politiker. Er vermittelte den Eindruck, die guten, an Werten orientierten Menschen zu verteidigen und mit seiner Person für den „Erhalt“ der traditionellen Ehe einzustehen, ja sie sogar in der Verfassung als Zusatz verankern zu wollen. Die Debatte erwies sich als aufgeheizt und durch eine klare Entweder-Oder-Haltung bestimmt, weshalb niemandem aufzufallen schien, dass es stets einen bestimmten Prozentsatz homoerotisch-orientierter Menschen, ganz gleich ob genetisch bedingt oder sozial erworben, in den menschlichen Gesellschaften gegeben hat und gibt, dass dadurch aber die herkömmliche Ehe nicht in Frage gestellt wird. Homosexualität kann man auch durch Zusätze in Verfassungen nicht aus der Welt schaffen. Das eigentliche Problem traditioneller Ehen, nämlich die hohen Scheidungsraten in modernen Gesellschaften, hat mit der rechtlichen Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften nichts zu tun. Das scheint anfänglich auch die Haltung des Weißen Hauses gewesen zu sein, ehe man die Brisanz der Frage und den großen Vorteil für das Einwerben von Stimmen erkannte. Dann aber setzte man voll auf diese Karte und portraitierte den Präsidenten als Retter der amerikanischen Familie. Durch die Instrumentalisierung dieser Frage und das Anheizen der Debatte konnte die Administration zugleich von den wirklichen Problemen ablenken.

VII.

Das aber ist in der Tat der eigentliche Skandal dieser Wahl 2004, den die rechtsreligiösen Kreise, insbesondere ihre Sprecher, durch ihren geballten Einsatz für Bush mit zu verantworten haben: Sie haben Themen hochgespielt, die die ei-

gentlichen „moralischen“ Fragen, die durch die Bush-Administration aufgeworfen wurden, verdeckt haben. Das soll abschließend dargestellt werden.

1. Es beginnt damit, dass an den Händen Bushs schon vor der Wahl 2000 Blut klebte. Kein anderer Gouverneur der USA hat so viele Todesurteile unterzeichnet und Gnadengesuche abgelehnt wie George W. Bush. Um es einmal deutlich auf den Punkt zu bringen, sei Folgendes in Erinnerung gerufen: Die Europäische Union hat in langwierigen und zähen Verhandlungen die Türkei dazu gebracht, die Todesstrafe abzuschaffen, damit überhaupt Verhandlungen über einen möglichen Beitritt des Landes zur EU beginnen könnten. Hypothetisch formuliert heißt das: Der Staat Texas, ja die gesamten USA sind nach dem geltenden Rechtssystem der EU als möglicher Beitrittskandidat zur EU disqualifiziert. Für diesen „moralischen“ Wert steht Bush mit seiner Person ein. Dass ausgerechnet der Vorsitzende einer christlichen Gefangenenhilfsorganisation das vergisst, stattdessen die rührselige Geschichte erzählt, dass Bush mit Gefangenen „*Amazing Grace*“ gesungen habe und dazu noch den Präsidenten auffordert, „*give us more of the same*“, ist schlicht beschämend. Beschämend ist zudem, dass die rechtsreligiösen Kreise die Todesstrafe als gottgegeben betrachten und sich dabei auf einige Bibelstellen berufen.

2. Es ist unbestritten, dass Bush die Nation und die ganze Welt belogen hat, um den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen und dass er im Wahlkampf weiterhin log. Er schickte seinen Außenminister in den Sicherheitsrat der UNO, wo dieser, als ehemaliger General zu absolutem Gehorsam gegenüber dem Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte erzogen, mit einer Power-Point-Präsentation die Staatengemeinschaft von der Gefahr, die durch die Massenvernichtungswaffen des Irak ausgehen, zu überzeugen hoffte. Niemand, noch nicht einmal der Vertreter des wirtschaftlich total von den USA abhängigen Mexiko, glaubte ihm. Bush selbst wiederholte immer wieder die Lüge von der Verbindung des irakischen Diktators Saddam Hussein zu der Terrororganisation Osama Bin Ladens. Auch wenn es zum politischen Alltag gehört, dass Politiker nicht immer die ganze Wahrheit sagen zu können meinen, so wird man dennoch daran festhalten müssen, dass das offenkundige und kontrafaktische Lügen nicht zu den traditionellen judeo-christlichen Werten gehört.

3. Es ist weiterhin unbestritten, dass Bush das Recht gebeugt hat. Er hat, ohne dass ein ersichtlicher Grund oder eine unmittelbare Gefahr für die USA vorlag, dennoch unter der Prämisse des „*pre-emptive strike*“ den Irak angegriffen. Die als Grund angegebenen Massenvernichtungswaffen, die in der Debatte so oft genannt wurden, dass man das Kürzel WMD = *weapons of mass destruction* erfand, entpuppten sich ebenso als Luftblase wie das Märchen von den mobilen Laboratorien zur Herstellung chemischer Waffen. Die dann gebrauchte Begründung, dass man einen gefährlichen Diktator beseitigen müsse, mag zwar einfache Gemüter besänftigen, müsste aber zur Folge haben, dass die USA an vielen Stellen einen Angriffskrieg führen müssten, um alle Diktatoren der Welt zu beseitigen; mehr als die halbe Welt stünde bei einem solchen Vorgehen in Flammen. Seit Augustin gibt es eine Reihe von Kriterien, die erfüllt sein müssen, um einen Krieg aus christlicher Perspektive als ge-

rechtfertigt gelten zu lassen. Der Angriffskrieg gegen den Irak verstößt aber gegen alle diese Maßstäbe, so dass Bush elementare christliche Werte preisgegeben hat. Er hat außerdem die Warnungen der rechtmäßigen Vertreter christlicher Kirchen, einschließlich seiner eigenen Denomination – der *United Methodist Church* –, vor dem Krieg in den Wind geschlagen und lieber den selbsternannten Sprechern des rechtsreligiösen Lagers Gehör geschenkt. Er tat dies auch, als die unglaublichen Bilder aus dem Gefängnis Abu Ghraib bekannt wurden. Wie der Baptist Richard Land und andere betrachtete er diese verabscheuungswürdigen Vorgänge nicht als physische und psychische Folter gegenüber Kriegsgefangenen und einen Verstoß gegen die Genfer Konvention, sondern tat es ab als Vergehen einiger weniger Soldaten, die bestraft werden würden. In Wirklichkeit aber sind die Verhörmethoden in Abu Ghraib ebenso wie auf Guantánamo von höchsten Kreisen, ja von dem zukünftigen Justizminister Alberto Gonzalez gedeckt worden. Dass sich auch Soldatinnen an den Folterungen männlicher Iraker beteiligten, wird in einer männlich-dominierten Kultur besonders erniedrigend empfunden. Wo konnte man die Stimmen der Frauen vom Schläge der Beverly LaHaye oder Phyllis Schlafly angesichts des Skandals und des wirklichen Werteverlusts hören?

4. Es ist inzwischen durch einen engen Vertrauten der Familie Bush, Mickey Herskowitz, der in ihrem Auftrag eine Biographie des Großvaters Prescott Bush verfasst hat und daher im Hause Bush ein- und ausging, an die Öffentlichkeit gelangt, dass Bush schon 1999, also noch vor der Wahl 2000, entschlossen war, Krieg gegen den Irak zu führen. Hält man sich die Beziehungen Bushs zu der texanischen Ölindustrie vor Augen und zieht man in Betracht, welche Rolle Vizepräsident Dick Cheney als ehemaliger Firmenchef des Großkonzerns Haliburton im Irak-Krieg bisher gespielt hat, dann ist unschwer erkennbar, welche handfesten Eigeninteressen statt jüde-christlicher Werte hinter dem Krieg verborgen liegen.

5. Der Krieg entspricht einem messianischen Sendungsbewusstsein des Präsidenten und trifft damit auch einen Nerv der gesamten Nation. Einzelne Amerikaner und die USA insgesamt sehen sich gern in der Rolle der stets hilfsbereiten Wohltäter, die aller Welt dazu verhelfen wollen, das Ziel, was sie selbst als „*pursuit of happiness*“ definiert haben, auch zu erreichen. Dass sie in Wirklichkeit aber nicht die kulturellen Gegebenheiten anderer Länder in Rechnung stellen, sondern rein wirtschaftlich und geopolitisch denken und handeln, gerät dabei in Vergessenheit. Am auffälligsten wurde das Sendungsbewusstsein am Beginn des Krieges, als George W. Bush ausrief: „Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns“. Damit bezog er einen Ausspruch des Messias Jesus (Mt 12,30 bzw. Lk 11,23) auf sich und die Krieg führende Nation. Wäre es nicht spätestens da Pflicht evangelikaler, der Bibel verpflichteter Führungskräfte gewesen, dem Präsidenten blasphemischen Missbrauch biblischer Aussprüche vorzuwerfen?

6. Es sind aber nicht nur außen- und militärpolitische Erwägungen, die Fragen aufwerfen. Auch die Innenpolitik ist voller Widersprüche. Mühsam erreichte Umweltgesetze werden außer Kraft gesetzt und nicht eingehalten,

Nationalparks und Indianerreservate der Ausbeutung preisgegeben, die Energiepolitik einseitig an die Interessen der Großkonzerne gekoppelt. Es wäre aber doch zu kurz gegriffen, würde man argumentieren, dass das Umweltbewusstsein noch keinen „traditionellen“ Wert darstellt, weil es erst jüngeren Datums ist. Die Bibel gibt keinen Freibrief zur Ausbeutung der Natur, sondern Anleitung zum pfleglichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Das wird von keinem der „evangelikalen“ Befürworter Bushs thematisiert. Hinzu kommt eine Steuererleichterung riesigen Ausmaßes für die extrem Reichen, während ein für eine zivilisierte Gesellschaft unvorstellbarer Prozentsatz der armen Bevölkerung keinen Versicherungsschutz im Krankheitsfall genießt. Die Korruption bei Journalisten und in den Medien hat unter Bush rasant zugenommen. Das liegt daran, dass viele TV- und Radiosender zu großen Kartellen gehören, die unliebsame Meldungen einfach unterdrücken oder dass man willig PR für den Präsidenten betreibt, weil man sonst keine Interview-Termine erhält. Kritische Journalisten werden ohnehin vom Weißen Haus und dem Präsidenten geschnitten.

7. Besonders gefährlich aber werden die Sprecher der „Evangelikalen“, sofern sie sich, wie etwa Tim LaHaye, Jerry Falwell oder die fundamentalistische Führungsriege der *Southern Baptist Convention* endzeitlichen Spekulationen hingeben. Das ist im Blick auf Israel riskant; denn die Endzeitspezialisten wissen genau, dass es die eschatologische, von Gott zugewiesene Aufgabe und Verpflichtung der USA ist, Israel unter allen Umständen beizustehen und zu verteidigen. Es geht nicht darum, den Juden als Juden zu helfen, sondern sie für christlich-endzeitliche Ziele zu instrumentalisieren. Damit aber lässt sich leicht ein Krieg gegen einen islamischen Staat rechtfertigen. Auf jeden Fall aber werden die bei weitem überhöhten Militärausgaben der USA auf diese Weise christlich gerechtfertigt. Das paart sich zudem mit einem glühenden Patriotismus, der vor allem deutsche Beobachter irritieren muss; denn diese Art eines protestantischen Kulturpatriotismus ist zum Glück durch die ökumenische Bewegung überwunden. Die amerikanische Gesellschaft aber steht noch vor einer anderen Herausforderung, weil die rechtsreligiösen Kräfte auch an einer anderen geheiligten Tradition Amerikas rütteln. Sie sind nämlich der Meinung, dass die Trennung von Staat und Kirche aufgehoben werden sollte. Präsident Bush versucht, in die gleiche Kerbe zu hauen, indem er seit seinem Amtsantritt ein Programm auf die Beine zu stellen versucht, das „*faith-based initiative*“ genannt wird und den Kirchen und religiösen Organisationen Finanzmittel aus der Bundeskasse für soziale Aktivitäten verspricht.

VIII.

Hält man sich die Fülle der Organisationen und christlichen Einzelpersonlichkeiten vor Augen, die sich mit einseitigen Argumenten für Bush eingesetzt haben, so kann man eigentlich nur staunen, wie viele Stimmen John Kerry erobern konnte, zumal er wenig charismatische Ausstrahlung besitzt

und, wie eine Zeitung schrieb, aussieht, als sei er gerade als Pilgervater von Bord der Mayflower an Land gegangen. Allerdings wissen auch die Taktiker im Weißen Haus, dass die religiöse Kost nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde. Karl Rove z. B. äußerte sich direkt nach der Wahl, dass der Sieg „viele Väter“ habe und dass es ganz normal sei, wenn jeder den Sieg für sich beanspruche; denn so funktioniert das System. Solche Aussprüche kann man nur als eine vorsichtige Absatzbewegung von den „Evangelikalen“ interpretieren.

Auch Präsident Bush setzte bei seiner ersten Pressekonferenz nach der Wahl andere Prioritäten, als die rechtsreligiösen Befürworter es gern gesehen hätten. Er nannte die Steuerreform, Reform der Sozialversicherung, Reformen zur Ankurbelung der Wirtschaft, Verbesserung des öffentlichen Schulwesens, Begrenzung der Haftung für ärztliche Kunstfehler, Kampf dem Terrorismus und der AIDS-Epidemie. Auch betonte er, dass er Präsident aller Amerikaner sei, auch derjenigen, die sich entschieden hätten, zu keiner Kirche oder Religion zu gehören. Kein Präsident sollte versuchen, so sagte er abschließend, die Religion „unserer Gesellschaft aufzuoktroieren.“ Die Antwort kam prompt: James Dobson zeigte sich enttäuscht. Der Präsident hätte sich wenigstens die Zeit nehmen können, um sich bei „all den guten Menschen, die ihm die Macht wieder gegeben haben, zu bedanken.“ Er schob gleich die Warnung nach. Die Republikaner hätten jetzt vier Jahre Zeit, um Ehe und Familie zu retten. Tun sie es nicht, „bleiben wir das nächste Mal zu Hause“. Das klingt eher wie eine kindische Trotzreaktion denn reife politische Überlegung, ebenso wie die Forderung, in vier Jahren „Ehe und Familie zu retten“, nur verworren erscheinen kann.

Diese Absatzbewegung durch den gewieften Taktiker Rove und den Präsidenten selbst lässt das ganze Ausmaß der Manipulation erahnen, dem sich die religiöse Rechte ausgesetzt hatte. Sie meinte, bildlich gesprochen, auf dem Führersitz Platz genommen und das Lenkrad in der Hand zu haben. Die politische Wirklichkeit sieht indes anders aus. Das wurde ebenfalls gleich nach der Wahl deutlich, als der mächtige Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senates, Senator Arlen Specter aus Pennsylvania, vor der Presse sagte, er könne sich nicht vorstellen, dass der Senat Richter für den Obersten Bundesgerichtshof bestätigen würde, die durch die Anhörung oder aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit zu erkennen geben, dass sie das Urteil aus dem Prozess Roe vs. Wade „kippen“ würden. Specter gehört in der Republikanischen Partei zu den wenigen Vertretern, die für das Recht der Frau (*pro choice*) eintreten. Die „evangelikal“/römisch-katholische Allianz überflutete daraufhin die Senatoren mit Anrufen, Briefen und E-Mails und verlangten die Abwahl Specters vom Vorsitz des Rechtsausschusses. Dem hat die Spitze der Partei im Senat nicht stattgegeben. Die Kontroverse enthüllt aber nochmals zweierlei:

1. Sie zeigt das Ausmaß der Instrumentalisierung, der sich die rechtsreligiösen Kräfte durch raffinierte politische Taktiker ausgesetzt sehen und die Berechtigung der Befürchtungen Falwells, dass man um die Früchte des Siegs gebracht werden soll, weshalb seiner Meinung nach eine neue Organisation

geschaffen werden muss. Dieser fiele dann die Aufgabe zu, als, wie man in der amerikanischen politischen Sprache sagt, „Wachhund“ zu funktionieren, dass Wahlversprechen gegenüber der religiösen Rechten auch eingehalten werden.

2. Das Verhalten der Politiker aber zeigt, dass sie bei allem Wohlwollen gegenüber denen, die ihnen Stimmen bringen, dennoch die richtige Einschätzung haben, dass mit einer derartig auf wenige Themen eingeschränkten politischen Religion kein Staat zu machen ist.

IX.

Dass mit den religiösen Rechten kein Staat zu machen ist, mag sich noch in einem viel breiteren Rahmen als hier bisher angedeutet, als wahr erweisen. Die Regierung Bush steht unter dem religiösen Druck, ihre Wahlversprechen gegenüber der religiösen Rechten auch einzuhalten. Die religiösen Rechten sprechen in diesem Zusammenhang von „*deliver*“: Das Wort kann gebraucht werden, um Güter abzuliefern; es kann auch von einer schwangeren Frau gesagt werden, „*she goes into labor to deliver*“. Die Geburt eines Kindes ist der Vorgang, für den man „*to deliver*“ gebraucht. So verlangen jetzt die religiösen Rechten das, was sie gepflanzt und begossen haben, als Früchte zurück. Die damit Hand in Hand gehende Politik ist aber so abschreckend, dass sich ein geopolitischer Paradigmenwechsel abzuzeichnen beginnt, der die USA immer mehr ins Abseits oder noch weiter in die Isolation führen dürfte. Zwar hatte die Clinton-Administration mit dem *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) eine wirtschaftliche Freihandelszone geschaffen, doch zeigten das Abstimmungsverhalten Mexikos im Sicherheitsrat der UNO und die Politik Kanadas, dass NAFTA keine Gefolgschaftstreue gegenüber unhaltbaren Vorgehensweisen der USA einschließt. NAFTA scheint einseitig durch wirtschaftliche Interessen geleitet zu sein, ohne dass das Abkommen politisch flankiert würde. Die Europäische Union – als Kontrast – hat für ihre Wirtschaftspolitik eine völlig andere politische und juristische Ausrichtung.

Die amerikanische Außenpolitik hat mit anderen Niederlagen zu kämpfen. Die südamerikanischen Länder gehen daran, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und eine ökonomische Allianz ohne die USA zu organisieren. Man kann dieses Zusammengehen so interpretieren, dass es gegen eine ökonomische Dominanz der USA in der westlichen Hemisphäre gerichtet ist. Die alte Monroe-Doktrin scheint unterlaufen bzw. abgelöst zu werden. Man kann auch in Asien einen Prozess beobachten, sich aus einer US-amerikanischen wirtschaftlichen Umklammerung zu lösen. Die amerikanische Diplomatie hat ein Zusammenwachsen asiatischer Staaten unter dem Banner „*Asean Plus Three*“ nicht verhindern können. Sie hat tatenlos ein Zusammengehen der *Association of Southeast Asia Nations* mit China, Japan und Südkorea mit ansehen müssen. Sollte „*Asean Plus Three*“ Wirklichkeit

werden, würde ein wirtschaftlicher Block riesigen Ausmaßes entstehen, neben dem die USA und die EU klein aussehen.

Auch in der EU sind Anzeichen zu erkennen, sich strategisch und militärisch von den USA zu lösen. Die EU plant, eine schnelle Eingreiftruppe aufzustellen, die von Europa aus kommandiert wird und daher nicht mehr innerhalb der NATO und damit unter den Augen Washingtons fungiert. Nachdem die USA die NATO in den vergangenen Jahren aus ihren Planungen ausgeschlossen hatten, was insbesondere durch den Irak-Krieg offensichtlich wurde, scheint Europa die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Die Europäer richten außerdem zusammen mit China ein neues Satelliten-gestütztes Positionierungssystem, Galileo genant, ein, um von dem amerikanischen *Global Positioning System* (GPS) unabhängig zu werden. Das hatte amerikanische Militärs irritiert reagieren lassen. Welche Auswirkungen das auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Das religiös-rechte Politikverständnis hat die USA auch auf ihrem ureigensten Terrain schlecht aussehen lassen. Die Wahl 2000 erwies sich als ein Fiasko, so dass die Weltpresse spottete, die USA seien zu einer „Bananen-Republik“ verkommen. Diese Wahl und die Wahl 2004 haben die amerikanische Demokratie nicht als Modell empfohlen. Das Zwei-Parteien-System, das in Wirklichkeit eher einem Ein-Parteien-System gleicht, weil es durch das einseitige Mehrheitswahlssystem zustande kommt, ist mit einer repräsentativen Demokratie wenig verträglich, noch dazu, wenn die regierende Partei durch neue Grenzziehungen der Wahldistrikte – in den USA „gerrymandering“ genannt – Mehrheiten manipulieren kann. Das einstmals als *checks and balances* gedachte System der Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative funktioniert nicht mehr, seit der Vietnam-Krieg ohne eine Kriegserklärung durch das Parlament, das dazu einzig legitimiert ist, geführt wurde. Seither sind auch die Ernennungen der Richter des Obersten Gerichtshofes zum Spielball der Interessen geworden. Die alarmierenden Äußerungen führender rechts-religiöser Personen zeigen, dass dies in Zukunft vermehrt der Fall sein wird. Politik soll im Sinne der religiösen Rechten von konservativen Richtern gemacht werden, auch wenn die Jahre der Bush-Regierung vorbei sein werden. Denn die Richter sind auf Lebenszeit im Amt, wenn sie dies wollen. Auch das wirkt nirgendwo auf der Welt anziehend.

Wenig anziehend ist zudem die Verstrickung führender Politiker mit der Großindustrie. Das augenfälligste Beispiel ist derzeit Vizepräsident Dick Cheney, der alles zu tun scheint, um seiner Firma Haliburton Aufträge zukommen zu lassen, wozu er schon als Verteidigungsminister unter Bush Vater den Grund legte. Auch die Wahlkämpfe wirken sich dahingehend aus, dass eigentlich nur noch die Person eine Chance hat, sie zu bestehen, die mit viel Geld in der Tasche ausgestattet ist. Das Parlament – Senat und Repräsentantenhaus – hat sich daher zu einer Oligarchie der Millionäre entwickelt. Dass die soziale Frage, einschließlich des mangelnden Versicherungsschutzes im Krankheitsfall für Millionen amerikanischer Bürger und die

weiter auseinanderklaffende Schere zwischen extrem Reichen und extrem Armen, ungelöst ist, macht die USA nicht zu einem Vorbild sozialer Gerechtigkeit. Dazu kommt, dass der Mittelstand durch das militärische Abenteuer im Nahen Osten und durch einen völlig überhöhten Militärhaushalt systematisch ausgeblutet wird. Der amerikanische Staat steht vor einem beispiellosen Haushaltsdefizit, die amerikanische Wirtschaft lebt von Krediten aus dem Ausland und die Privathaushalte sind dank des Einsatzes einer Unmenge von Kreditkarten in einem kaum vorstellbaren Maße überschuldet. Wie lange sich diese Situation hinhalten lässt, ohne dass es zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch kommt, sei dahingestellt.

Die amerikanische Politik im Nahen Osten und in Afghanistan hat die bisherige Betonung der Menschenrechte durch die USA völlig unglaubwürdig erscheinen lassen. In Afghanistan ist der Kampf gegen den Terrorismus total gescheitert. Mehr denn je regieren dort die *war lords*, und mehr denn je ist das Land völlig vom Opium-Anbau und Opium-Handel abhängig: Über 65 % des Brutto-Sozialprodukts wird durch Rauschgifthandel und -anbau „erwirtschaftet“. Zudem haben die USA aus Afghanistan und später aus dem Irak mehrere Hundert Gefangene auf ein extraterritoriales Gebiet – ihren Marine Stützpunkt Guantánamo auf Kuba – ausfliegen lassen und sie entgegen der Genfer Konvention Foltermethoden unterworfen. Keinem der Gefangenen ist bisher ein fairer Prozess gemacht worden. Dass Folter ein Mittel der US-Militärs ist, zeigten nicht nur diese, sondern auch die oben bereits angesprochenen Vorgänge im irakischen Gefängnis Abu Ghraib, das schon aus der Zeit Saddam Husseins traurige Berühmtheit hatte. Überhaupt stehen die USA auf dem Gebiet des internationalen Rechts völlig isoliert da. Sie haben sich mit fadenscheinigen Argumenten der Errichtung eines Internationalen Gerichtshofes widersetzt und haben es außerdem abgelehnt, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen. Als größter Umweltverschmutzer der Welt halten die USA einen traurigen Rekord. Auf alle bisherigen Umweltkonferenzen schickten sie unbedeutende Beamte, die mit unhaltbaren Theorien Umweltgefahren wie z. B. die globale Erwärmung herunterspielten. Die zurückhaltende Haltung der USA gegenüber der von ihnen enthusiastisch begründeten UNO trägt weiter zur Isolation bei.

Die EU dagegen hat mehr Geld und Kraft investiert als die USA, um die post-kommunistischen Staaten in Osteuropa an moderne demokratische Rechts- und Regierungsformen heranzuführen, während in den USA die Todesstrafe weiter praktiziert wird und ein Mann zum Justizminister avanciert, der die Genfer Konvention für obsolet erklärte.

Das bedeutet, dass die rechte Politik der Bush-Administration die USA in eine internationale Isolation geführt hat, was sich auf längere Sicht tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel der Weltpolitik zuungunsten der USA erweisen könnte. Nicht Endzeitszenarien, wie sie die religiösen Rechten an die Wand malen („*Left Behind*“), werden das 21. Jahrhundert bestimmen, sondern die Frage, ob die USA zu einer rational nachvollziehbaren und verantwortungsbewussten, ihren demokratischen Idealen angemessenen Politik

